

HERAUSFORDERUNG GRIECHENLAND ANNEHMEN!

EINE KLEINE EINSTIMMUNG AUF HOFFENTLICH GROßE AKTIONEN

Von Judith Dellheim

Die in der EU und insbesondere die in Deutschland und Frankreich Herrschenden setzen die griechische Regierung systematisch unter Druck. Die dramatischen Konsequenzen für die Bevölkerung des Landes, für seine Zukunft und für die Europäische Union werden als Kollateralschäden hingenommen.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Frage nach dem Umgang mit der Staatsverschuldung. In dieser Woche wird die unter Schirmherrschaft des griechischen Parlaments gebildete [Wahrheitskommission zu den Schulden](#) ihren Bericht vorstellen. Das wird Anlass für soziale Bewegungen sein, um in Solidarität mit ihren griechischen Freundinnen und Freunden die Forderungen zum gerechten Umgang mit den Schulden zu bekräftigen. Es folgt eine [Internationale Solidaritätswoche](#), die von den griechischen sozialen Bewegungen initiiert wurde. Diese konnten sich auf eine beim Weltsozialforum in Tunis erreichte [Übereinkunft von Aktivistinnen und Aktivisten](#) stützen. Die Aktionen sollten rückhaltlos und aktiv unterstützt werden. Allerdings dürfen ihre kurzfristigen Wirkungen nicht überschätzt werden. Und sie kommen spät, lange nach den punktuellen, meist symbolischen Solidaritätsaktionen vom Februar. Offensichtlich ist es schwer, konkrete Solidarität zu organisieren.

Dabei war nach der Vorstellung des nüchternen und solide durchgerechneten Syriza-Wahlprogramms vom September 2014 klar, dass auch im Falle eines Wahlsieges die Umsetzung des Programms drei Voraussetzungen hat:

1. Die Mitglieder der Partei, die mit Syriza Sympathisierenden und ein relevanter Teil der Öffentlichkeit engagieren sich für den Erhalt der Solidarstrukturen, die Akzeptanz des Prinzips «zuerst die Bedürftigsten», eigene Steuerehrlichkeit und die Auseinandersetzung mit Korruption, Vetternwirtschaft und oligarchischen Strukturen.
2. Die äußeren Rahmenbedingungen verschlechtern sich nicht; der Konsens zum Erhalt der Eurozone in ihrer Ganzheit kommt zum Tragen.
3. Die Linken in der Europäischen Union setzen sich in ihren Ländern für eine moderate Politik gegenüber Griechenland, für die Streichung ungerechtfertigter Schulden, für deutsche Reparationszahlungen und für die Realisierung gemeinsamer Interessen ein¹.

Die erste Voraussetzung ist elementar und muss täglich in der politischen Arbeit neu errungen werden. Die zweite Voraussetzung droht von den Herrschenden zerstört zu werden, die dritte wurde bisher nicht hinreichend erfüllt und bleibt eine Daueraufgabe. Die Vorsitzende der linken Fraktion im Europäischen Parlament, Gabi Zimmer, sagte sehr bewusst: «Syrizas Wahlsieg stellt uns vor die bisher größte Herausforderung!»²

Da für die zweite Voraussetzung Deutschland und Frankreich eine besondere Rolle spielen und so die Linken hier besonders gefordert sind, eine Erinnerung: Als Anfang 2010 die Ratingagenturen Griechenlands Staatsanleihen zu Ramsch erklärten, passierte zunächst nichts.

¹ Aus einem Papier der Autorin für einen Workshop in Jena, Anfang Mai 2015

² Europa ROT, Ausgabe 13, Mai 2015, 2

Doch als offensichtlich wurde, dass französische und deutsche Banken, die griechische Staatsschulden hielten, mit enormen Risiken konfrontiert wurden, vereinbarten ihre Regierenden einen «zynischen Transfer»³: Um Griechenland zu «retten» wurden hohe Verluste aus den Büchern der Banken auf die griechischen Steuerzahlerinnen und -zahler geschoben. «Der griechische Staat erhielt Kredite in Höhe von 240 Milliarden Euro, damit über 200 Milliarden Euro Steuergelder an die Banken und verschiedene Hedgefonds fließen konnten.»⁴

Die Kredite waren an Bedingungen geknüpft, die die Bevölkerung ruinierten und demütigten sowie wirtschaftliche Kapazitäten großen Ausmaßes zerstörten.⁵

Aus Deutschland und Frankreich kam relativ wenig Protest dagegen und der Protest, den es gab, ebte recht schnell ab. In den Jahren 2010/11 war die Sorge «Krisenopfer» zu werden in Deutschland noch stark ausgeprägt. Man verstand, dass das «Versuchslabor» für soziale Härten Griechenland sein sollte und dass man daher soziale und demokratische Standards verteidigen müsse. Die Politik der Regierung Merkel bei «für Deutschland» günstigen ökonomischen Bedingungen und die veränderte «deutsche Mehrheitsmeinung» haben die Sorgen von 2010/11 und scheinbar auch solidarisches Mitgefühl in den Hintergrund gedrängt. Es wurde kaum thematisiert, dass die Herrschenden in Deutschland und in Frankreich den gesellschaftlichen Konsens zulasten von Griechinnen und Griechen reorganisieren konnten.

Der Wahlsieg von Syriza und die Positionen, Vorhaben und ersten Maßnahmen der neuen Regierung forderten die Linken in Deutschland, Frankreich und in der EU neu heraus. Die News aus Griechenland halfen dabei, gemeinsame Interessen zu identifizieren und zu kommunizieren⁶, denn:

1. Auch «wir» wollen die Auseinandersetzung mit Korruption und Steuerhinterziehung; auch «wir» wollen mehr Steuergerechtigkeit.
2. Auch «wir» wollen den Erhalt, die Demokratisierung und den Ausbau des Öffentlichen, insbesondere um gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen.
3. Auch «wir» wollen, dass regionale Wirtschaft gestärkt und insbesondere an den Bedürfnissen der lokalen und regionalen Wirtschaft ausgerichtet wird.
4. Auch «wir» wollen, dass die Griechinnen und Griechen historische Gerechtigkeit erfahren – Deutschland soll Reparationen zahlen; ungerechtfertigte Schulden sollen gestrichen werden.
5. Auch «wir» wollen mehr demokratische Mitsprache und einen höheren Stellenwert partizipativer Prozesse. «Wir» wirken auf höhere soziale, ökologische und demokratische Standards hin⁷.

Eine wesentliche Herausforderung bestand bzw. besteht darin, diese Gemeinsamkeit von Interessen in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsländern so in konkrete Politik zu übersetzen, dass dort die politische Agenda verändert und ein Politikwechsel befördert wird. Das gelang bisher nicht. Die Herrschenden konnten einen Krieg gegen Syriza, seine Wählerinnen und Wähler, seine Unterstützerinnen und Unterstützer vom Zaun brechen, der von einem großen Teil der Medien mitgetragen wird.

«Wir waren uns nicht bewusst, dass unsere Partner so vehement das Projekt Europa, EU und Euro aufs Spiel setzen würden»⁸, sagt Syriza-Vorstandsmitglied Giorgos Chondros. Alexis Tsipras, vom Geschäftsführer der Frankfurter Börse «Taliban» genannt, resümiert, «dass es im Fall Griechenland nicht nur um Griechenland geht. Vielmehr markiert unser Land den Kollisionspunkt zweier fundamental verschiedener Strategien für die Zukunft des Europäischen Einigungsprozesses.

Die erste Strategie setzt auf die Vertiefung des Einigungsprozesses auf Basis von Gleichheit und Solidarität zwischen den Staaten und ihren Bürgern. Die Verfechter dieser Strategie setzen an der Tatsache an, dass man von der neuen griechischen Regierung nicht erwarten kann, dass sie tut, was ihre Vorgänger getan haben, welche, das darf man nicht vergessen, grandios gescheitert sind. Und sie setzen an eben diesem Punkt an, weil alles andere dazu führen würde, Wahlen in Programmländern per se auszuschließen und

³ Yanis Varoufakis, Stuart Holland, James K. Galbraith (2015): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, München, Verlag Antje Kunstmann, 6

⁴ ebenda

⁵ http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/kleine_Anfrage_zu_grossen_problemen.pdf

⁶ Dazu auch: <http://brangsch.de/blog/?p=1312>

⁷ Siehe Fußnote 1

⁸ Giorgos Chondros, in: Syriza zeigt keine Angst von Katja Herzberg, ND 11.5.2015, S. 2

hinzunehmen, dass Minister und Regierungschefs von den Institutionen eingesetzt werden und die Bürger dieser Länder bis zum Ende des Programms auf ihr Wahlrecht zu verzichten haben.

Die Unterstützer dieser ersten Strategie für Europa sind sich darüber im Klaren, dass alles andere die Abschaffung der Demokratie in Europa bedeutet, ...den Beginn der Teilung und des Zerbrechens der Europäischen Einheit, [was] wir nicht hinnehmen können.»

Darauf zielt nach Tsipras die zweite Strategie: «Für Staaten, die sich damit nicht abfinden wollen, wird es eine simple Lösung geben: die harte Bestrafung ...So konstituiert sich die neue europäische Herrschaftsordnung, deren erstes Opfer Griechenland ist und eine einmalige Gelegenheit darstellt, ein Exempel zu statuieren und so ein Signal an alle zu senden, die sich nicht disziplinieren lassen wollen.»⁹

Wer Schäuble reden hört und seine Grimassen beobachtet, kann sehr begründet die Schlussfolgerung ziehen, dass ihm demokratische Werte in diesem Zusammenhang gleichgültig sind – man könnte sagen, dass sein Verhalten in dieser Hinsicht faschistoide Züge trägt. Er kennt sehr genau die Ursachen der Probleme und die Folgen der zerstörerischen «Griechenland-Rettung». Er weiß, dass das Land die zweifelhaften Schulden nie zurückzahlen kann und verfolgt das Nahziel, die griechische Regierung zu Fall zu bringen. Das teilt er mit Goldman Sachs, einem wesentlichen Problemverursacher, der nun erklären lässt, dass ein Deal mit den Gläubigern eine andere Regierung voraussetze.¹⁰

Bis Ende 2014 hätte Griechenland die Austeritätsauflagen erfüllen und die nächste Tranche aus dem Kreditpaket erhalten müssen. Aber der damalige Ministerpräsident Samaras wollte das Programm frühzeitig beenden und über Neuwahlen seine Regierung retten. So war seit August 2014 keine Liquidität in das Land geflossen und im letzten Quartal 2014 sank das Bruttosozialprodukt um 0,4 Prozent. Die Gläubiger blockieren die Ausreichung der letzten 7,2 Milliarden Euro aus dem laufenden Kreditprogramm und bestehen auf Forderungen, die Syriza aus sozialen, ökonomischen und politischen Gründen nicht hinnehmen kann. Dabei hat Athen seit März vereinbarungsgemäß Zahlungen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, Zinsen und Abschreibungen, erbracht. Das BIP ist im ersten Quartal um weitere 0,2 Prozent gesunken. Die EZB ist ihrer Verpflichtung, die griechischen Banken zu stärken, nicht nachgekommen und hat die Realisierung kurzfristiger Staatsanleihen sabotiert. Die Kapitalflucht hält an. In den letzten Monaten und Wochen sind die Bankeinlagen drastisch gefallen und haben einen Rekord-Tiefstand erreicht. Um liquide zu bleiben, hat der Staat Rechnungen nicht bezahlt. Die Kommunen und öffentlichen Einrichtungen haben ihre liquiden Mittel bei der Nationalbank zu hinterlegen. Sie müssen ihre Ausgaben 15tägig planen und anmelden. Das deponierte Geld wird für kurzfristige Anleihen genutzt. Der Minister zur Bekämpfung der Korruption hat 85.000 Fälle, die Beträge von jeweils über 200.000 Euro betreffen, erfasst. Er ist gemeinsam mit dem Finanz- und Justizministerium bemüht, die reichen und wohlhabenden Steuerhinterzieher rechtstaatlich zur Kasse zu drängen.

Doch das braucht Zeit. Während Troika, EU und Staatsführungen ihrer Mitgliedsländer keine Probleme mit der Reichen- und Korruptionsbegünstigungspolitik der früheren griechischen Regierungen hatten, wird nun das Phantom einer untätigen griechischen Regierung imaginiert.

Abgeordneten von Syriza wurde EU-offiziell erklärt, dass für Griechenland die zum Lissabon-Vertrag gehörende Grundrechte-Charta nicht gelte, weil es sich bei den «Rettungsmaßnahmen» um bilaterale Abkommen handele.¹¹ Die Griechinnen und Griechen sind so als Bürgerinnen und Bürger der EU diskriminiert. 79 Prozent der Wahlberechtigten möchten im Euro bleiben und hoffen auf einen Kompromiss. Ein Ausscheiden aus dem Euro würde ihre Lage auch nur weiter erschweren. Deshalb hat Syriza unter dem Druck der Kräfteverhältnisse eigene «rote Linien» kreuzen müssen, aber die Troika will weitere Verarmung, Zerstörung und Demütigung der «FalschwählerInnen». Sie fordert Haushaltsüberschüsse, die nur durch neue soziale Brutalitäten zustande kommen könnten: Mehrwertsteuererhöhungen, die zusätzliche Einnahmen in Höhe von einem Prozent des BIP bewirken, die sofortige Aufhebung von Ausnahmeregelungen für sozial Schwache, drastische Verschlechterungen bei den Renten und Arzneimittel-Beteiligungen, unsoziale Steuerkorrekturen, Kürzungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, Ausverkauf öffentlichen Eigentums; verhängnisvolle Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro für den Zeit-

⁹Alexis Tsipras, Europa am Scheideweg, <http://andrei-hunko.de/start/aktuell/2710-alexis-tsipras-europa-am-scheideweg>

¹⁰<http://time.com/3903153/greece-tsipras/>

¹¹ Im rechtsfreien Raum, Interview mit Theodoros Paraskevopoulos, Berater der griechischen Regierung, 29.4.2015, <http://fm4.orf.at/stories/1758238/>

raum 2015-2016.¹²

Die EU fordert damit die Verletzung von Menschenrechten; und das muss auch so gesagt werden, wenn breit gegen diese Politik mobilisiert werden soll. Um einen Konsens zugunsten der Griechinnen und Griechen zu erreichen, muss zunächst auch gefordert und erwirkt werden, was ihnen gemäß EU-Vertrag zusteht und was Yanis Varoufakis und andere seit Jahren mit Verweis auf diesen verlangen: Ein Notprogramm für soziale Solidarität, ein Fall-zu-Fall-Programm für die Banken, ein begrenztes Umschuldungsprogramm, ein investitionsgestütztes Konvergenzprogramm als «europäischen New Deal».¹³

Dieser Tage haben Prominente wie Joseph Stiglitz, Thomas Piketty, Inge Kaul und James Galbraith mit ihrem [Offenen Brief](#) «In the final hour, a plea for economic sanity and humanity» dazu eine neue Initiative gestartet. Das ist verdienstvoll – aber es geht um mehr: Es geht um den Ausbau der sozialen, demokratischen und ökologischen Standards bzw. entsprechender Rechte, um die Verteidigung, Stärkung und Demokratisierung des Öffentlichen und um ein Moratorium beim Schuldendienst, um die Streichung illegitimer, erzwungener und unmoralischer Schulden. Dazu arbeiten Initiativen an einer Kampagne.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹² <https://hellasolidaritaetbochum.files.wordpress.com/2015/06/vorschlag-non-paper-04-06-2015.pdf>

¹³ vgl. Varoufakis u.a., a.a.O. 30-59